

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
K - Büro	S0182/08	14.07.2008

zum/zur

A0029/08/2 Ratsfraktion Bündnis 90 – die Grünen
Ratsfraktion future! – die jugendpartei

Bezeichnung

Ort der Erinnerung

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	22.07.2008
Kulturausschuss	20.08.2008
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	21.08.2008
Stadtrat	04.09.2008

Den Antrag der CDU-Ratsfraktion aufgreifend, soll mit Bezug auf die 1990 errungene freiheitliche Demokratie der Halbsatz „..., die Opfer der Nationalsozialisten geworden sind“ gestrichen und durch „..., die Opfer deutscher Unrechtsstaaten geworden sind“ ersetzt werden.

Die Diktaturen während der NS-Zeit und der DDR-Zeit weisen, wie es die historische Forschung belegt, Unterschiede auf. An die Opfer der beiden Regimes ist dementsprechend unterschiedlich heranzugehen. Der Historiker setzt die Diktaturen nicht gleich. Die Stiftung Gedenkstätten hat z. B. in der Ausstellung im Roten Ochsen in Halle nach langen Diskussionen erreichen können, dass die Regimes nicht vermischt, sondern sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die Unterschiede wissenschaftlich herausgearbeitet und dargestellt wurden. Eine Gleichsetzung beider Diktaturen würde im Fall des Ortes der Erinnerung ohne vertiefende Recherchen sogar Gefahr laufen, einstige aktive Nationalsozialisten zu Opfern des SED-Regimes in der Sowjetischen Besatzungszone zu machen. Der Halbsatz „..., die Opfer der Nationalsozialisten geworden sind“ sollte aus diesem Grund stehen bleiben. Es bedarf dazu noch weiterer Forschungsarbeit.

Neben betroffenen Stadtverordneten könnte auch die große Gruppe der Angestellten und Arbeiter der Stadtverwaltung, immerhin über 600 Personen, erwähnt werden, die bisher nirgends in Erscheinung getreten ist. Von ca. 5000 Mitarbeitern der Stadt im Jahr 1933 wurden ca. 700 entlassen (vgl. Hattenhorst, Begleitbuch zur Ausstellung „Unerwünscht...“, S. 40)

Darunter waren auch Mitbürger jüdischen Glaubens. Zur Nennung von konkreten Namen von verdienstvollen Stadtverordneten, die ihr Amt niederlegen mussten, werden im Rahmen der Ausstellung „UNERWÜNSCHT, VERFOLGT, ERMORDET“ noch weitere Recherchen erfolgen.

Aus Sicht der Verwaltung wäre mit Blick auf den ursprünglichen Antrag (0029/08 /0029/08/1) und unter Berücksichtigung des derzeitigen, oben dargestellten Recherchehintergrunds in einem ersten Realisierungsschritt an die Verfolgten der Nationalsozialisten zu erinnern.

Dr. Koch

